

Einfache Anfrage Hartmann-Flawil vom 9. Februar 2005  
(Wortlaut anschliessend)

## **Denkarbeit bei der Verwendung des Kantonsanteils aus den Goldreserven**

Schriftliche Antwort der Regierung vom 13. September 2005

In einer Einfachen Anfrage vom Februar 2005 nimmt Peter Hartmann-Flawil Bezug auf die ausserordentlichen Erträge, die den Kantonen aus dem Erlös aus dem Verkauf der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank zufließen. Er stellt zur möglichen Verwendung dieser Mittel verschiedene Fragen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Unterdessen sind im Zusammenhang mit dem Nationalbank-Gold verschiedene Sachverhalte, die im Zeitpunkt der Einreichung der Einfachen Anfrage noch unsicher waren, geklärt. Dem Kanton St.Gallen sind mittlerweile die damals in Aussicht stehenden rund 847 Mio. Franken tatsächlich zugeflossen. Die Regierung hatte die Fraktionen bereits im Rahmen der Pfalzgespräche vom 15. Februar 2005 über ihre Absicht informiert, dem Kantonsrat zur Frage der Verwendung der ausserordentlichen Erträge aus dem Verkauf der Goldreserven der Nationalbank noch im laufenden Jahr eine Vorlage zu unterbreiten. Sie machte auch das Angebot, die Sache vorgängig gemeinsam mit den im Kantonsrat vertretenen Parteien zu erörtern. Der entsprechende Meinungsaustausch fand im Rahmen der Pfalzgespräche vom 30. Mai 2005 statt.

Auf der Grundlage der verwaltungsinternen Vorarbeiten und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Aussprache vom 30. Mai 2005 wurde anschliessend eine Vorlage über die Verwendung des Kantonsanteils am Erlös aus dem Verkauf der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank ausgearbeitet. Die Regierung unterbreitete diese Vorlage dem Kantonsrat am 16. August 2005 (vgl. Geschäft 22.05.06/23.05.03/33.05.01). Die Vorlage steht in der Septembersession 2005 zur Beratung an.

13. September 2005

Wortlaut der Einfachen Anfrage 61.05.04

### **Einfache Anfrage Hartmann-Flawil: «Denkarbeit bei der Verwendung des Kantonsanteils aus den Goldreserven**

Nachdem der Bundesrat dem Drängen der Kantonsregierungen nachgegeben hat, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass zwei Drittel der Goldreserven an die Kantone weiter gegeben werden. Im Grundsatz wäre der Einsatz der Mittel zur Schuldentilgung in den Kantonen vorgesehen. In verschiedenen Kantonen laufen unterdessen sehr unterschiedliche Diskussionen zu möglichen Verteilvarianten oder möglichen Verwendungszwecken.

Ende 2003 hatte der Kanton St.Gallen 287 Mio. Franken noch abzuschreibende Investitionen. Dem gegenüber betrug das Eigenkapital 20 Mio. Franken. Der Kantonsanteil aus den Goldreserven wird voraussichtlich 843 Mio. Franken betragen. Dem Kanton St.Gallen werden damit

theoretisch über 500 Mio. Franken als freie Mittel zur Verfügung stehen. Hier stellt sich die Frage – die die Regierung gemäss Zeitungsberichten bereits aufgenommen hat – der geeigneten Verbuchung, damit der Ertrag nicht automatisch dem Eigenkapital zugewiesen wird. Sollten die Kantone die Goldreserven tatsächlich erhalten, so ist im Falle unseres Kantons Denkarbeit für einen optimalen und nachhaltigen Einsatz der Mittel zu leisten. Im Vordergrund stehen sicher Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur (z.B. Vorfinanzierung des Ausbaus der Doppelspur Rheintal, Ausbau S-Bahn), der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (z.B. Blockzeiten, Tagesstrukturen, Innovationsförderung, neue Technologien, Projekte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) sowie gezielte steuerliche Entlastungen (z.B. für einkommensschwache Haushalte). Daneben wäre es sinnvoll, Überlegungen (z.B. Kompetenzzentrum Alter) aus den vergangenen Diskussionen wieder aufzunehmen. Zusätzlich könnte auch die Förderung von Zusammenschlüssen von Gemeinden beispielsweise durch eine (mindestens teilweise) Entschuldung einbezogen werden.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung auch der Meinung, dass die freien Mittel für nachhaltige Verbesserungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausgangslage des Kantons eingesetzt werden sollen? Welche Bereiche stehen für sie im Vordergrund?
2. Welche internen Prozesse zur Entscheidungsfindung werden durch die Regierung ausgelöst?
3. Welche Prozesse sind für den Beizug externer Meinungsträger wie politische Parteien geplant?
4. Wie sehen mögliche buchhalterische Vorgehensweisen bei diesem Spezialertrag aus?»

9. Februar 2005